

Hormonfleisch, Chlorhühnchen, Investorenschutz - Worum geht es eigentlich beim TTIP?

Heribert Prandtl beschreibt die Gefahr des Abschlusses einer „Investitionspartnerschaft“ mit den USA in der Süddeutschen Zeitung wie folgt:

„Diese privaten Schiedsgerichte würden damit so mächtig wie das Bundesverfassungsgericht, ja noch mächtiger: Sie sollen nämlich die Macht haben, Gesetze, die vom Parlament beschlossen sind, zu einem Investitionshindernis zu erklären - und den Konzernen für die Beeinträchtigung ihrer Investition Schadenersatz zuzusprechen, auch in Milliardenhöhe.“

Was ist also das Fazit der Debatte? Handelserleichterungen und damit die Chance auf wirtschaftliche Entwicklung und die Entstehung von Arbeitsplätzen auf der einen Seite. Bedenken bezüglich der Unterwanderung von Standards, beispielsweise beim Verbraucherschutz, und des Rechtsstaates auf der anderen. Das alles unter dem Vorbehalt, dass man nicht genau weiß, was in dem TTIP-Entwurf steht.

Die Position der SPD bei der Europawahl ist klar, wie im Europa-Wahlprogramm beschrieben:

„Wir wollen, dass die EU zum weiteren Ausbau der weltweiten Handelsbeziehungen beiträgt. Dies verbessert auch die Absatzchancen für deutsche und europäische

Produkte. Eine Handelsliberalisierung darf aber nicht zum Absinken unserer rechtsstaatlichen, sozialen, ökologischen Standards oder Einbußen beim Verbraucherschutz führen.

Außerdem dürfen Freihandelsabkommen durch Regelungen zum Investitionsschutz in keinem Fall Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder staatliche Regulationsmöglichkeiten aushöhlen.

Unser Ziel bei diesen und anderen Verhandlungen ist es, möglichst fortschrittliche arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards in den bilateralen und internationalen Handelsbeziehungen zu verankern. Die Streitschlichtung zwischen Investoren und Nationalstaaten sollte möglichst durch reguläre öffentliche Gerichte erfolgen.“

Das ist der Standpunkt der SPD. Wenn es zur endgültigen Abstimmung im EU-Parlament kommt, werden unsere Abgeordneten danach handeln. Wir wollen das Beste für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa. Wir sind aber um keinen Preis bereit, dafür demokratische oder rechtsstaatliche Prinzipien aufzugeben.

Felix Kempf



SPD-Zeitung für Planegg

der Würmkauz

Nr. 90

Nachrichten der SPD Planegg

Mai 2014

Europa wählen heißt Demokratie und Frieden wählen



Maria Noichl - Kandidatin für das Europäische Parlament

Der 19. September 1946 war ein Festtag für die Stadt Zürich. Der britische Kriegspremier und damaliger Oppositionsführer im Unterhaus, Winston Churchill sprach eine „Rede an die Jugend“ (...)

Erst sprach Churchill über „Europas Tragödie“ - die ungeheure Masse zitternder menschlicher Wesen, die gequält, hungrig, abgehärtet und verzweifelt auf die Ruinen ihrer Städte starren (...) und die düsteren Horizonte angestrengt nach dem Auftauchen einer neuen Gefahr, Tyrannei oder neuen Schreckens absuchen!“

Vor diesem Hintergrund bekam Churchills Rede zwei zentrale Botschaften,

die sie zur Sensation machten und in die Geschichtsbücher brachten.

1. Die „Europäische (Völker-) Familie“ müsse neu geschaffen werden (...) den verwirrten Völkern, dieses unruhigen und mächtigen Kontinents, muss ein erweitertes Heimatgefühl und ein gemeinsames Bürgerecht gegeben werden...

2. Der erste Schritt zu einer Neuschöpfung der „Europäischen Familie“ müsse „eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland“ sein. „Die Erzfeinde Frankreich und Deutschland sollten versöhnt den Grundstock für eine europäische Union bilden!“

Churchill spricht keinen Ton über Rache - nur das Miteinander und der Friede prägen sein Referat. (Ausschnitte aus Gerhard Brunn - Die Europäische Einigung von 1945 bis heute.)

Für mich hat das Projekt Europa bis heute nichts von seiner Faszination eingebüßt. Und der Frieden, die Partnerschaft und das Streben nach gemeinsamen, angeglichenen Bürgerrechten stehen auch in Zukunft im Mittelpunkt.

Doch ich sehe Europa in Gefahr: Dabei zeichnen sich zwei Gefahren ganz besonders ab.

1. Europa wird der Lächerlichkeit preisgegeben.

2. Der Europäische Gedanke wird von RECHTS angegriffen.

Beide Angriffe haben nur ein Ziel, der immer noch jungen Pflanze Europa die Kraft zu nehmen. Ich kann nicht beurteilen, welcher Angriff momentan der schlimmere ist.

Sind es die Europakritiker, die auf Stamtmischniveau über den Ölkännchenerlass lästern, als ob Europa sich ausschließlich darüber definieren würde? Die Gurkenkrümmung, der Staubsaugerlärmtest oder die Kaffeemaschinendiskussion geben tiefster Geringschätzung bis hin zur Verachtung immer neue Nahrung. Das verdient Europa nicht. Nicht die Politik in Europa und vor allem nicht die Bürgerinnen und Bürger.

Lächerlich gemacht zu werden ist oft schlimmer als fachliche Kritik. Sie zielt nicht auf den Kopf sondern auf den Bauch der Menschen. Wenn beim europäischen Gedanken nur noch abgewunken und gelächelt wird, schwindet nötiges Vertrauen.

Ich stehe für ein anderes, ein besseres Europa, das sich auf länderübergreifende Kernthemen begrenzt. Davon gibt es viele - ich möchte nur vier nennen:

- wirtschaftliche Dynamik, die mit bloßem Wachstum nichts zu tun hat.
- ein Europa der Bürgerrechte, die mehr wiegen müssen als die Bankennmacht.
- gute Arbeit, gute Berufe, die mehr sind als Jobs.

Fortsetzung nächste Seite



So wählen Sie am 25. Mai richtig!



- Die SPD tritt in ganz Deutschland mit einer bundesweiten Liste an. Auf dem Stimmzettel sind stellvertretend die ersten 10 Kandidatinnen und Kandidaten der SPD zu lesen. Derzeit tragen 23 Abgeordnete der SPD in Brüssel Verantwortung. Die aus Oberbayern stammende Maria Noichl tritt auf dem sehr aussichtsreichen Platz 18 an.
- Sie können Maria Noichl unterstützen, indem Sie der SPD Ihre Stimme geben.
- Ein Kreuz für Bayern - für Europa!

Wenn Sie am Wahltag
verhindert sind:
Briefwahl nicht vergessen!



DANKE!

Für Ihr Vertrauen bei der Kommunalwahl bedanken sich ganz herzlich:

v.l.n.r.: Bela Bach, Dr. Ralf Tatzel, Karin Detsch, Peter Weber, Bürgermeisterin Annemarie Detsch, Roman Brugger, Monika Schulz, Roderich Peter, Dr. Cornelia David und Felix Kempf (nicht im Bild).



Impressum
Herausgeberin:
SPD Planegg
www.spd-planegg.de
Richard-Strauß-Straße 21 A,
82152 Planegg
Tel. (089) 85 66 28 58
Redaktion: birgit Naumann
Fotos: Johannes Simon,
Fotostudio Zitzlsperger, Privat
Layout: birgit Naumann
Druck: Satz-Bild-Grafik,
Martinsried
Auflage: 5.500

Europa wählen heißt Demokratie und Frieden wählen

- Steuergerechtigkeit und Ehrlichkeit, wenn nicht freiwillig, dann mit Nachdruck.

Die zweite Gruppe der Europagegner, die dies ganz offen und unverblümt zugeben, sind rechtsextreme Gruppen oder Parteien. Sie streben danach, besonders nach dem Fall der 3-Prozent-Hürde, legitime Mitglieder des Europäischen Parlaments zu werden um es dann von innen heraus zu bekämpfen. Wir dürfen nicht vergessen, wer vor nicht einmal 100 Jahren die größte Katastrophe über die Länder Europas gebracht hat.

Europa ist für mich ein Synonym für Demokratie und Menschenrechte - diese Werte müssen täglich neu verteidigt, gefunden und weiterentwickelt werden. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Ihre
Maria Noichl

<http://maria-noichl.eu/>

Maria Noichl - eine Kurzvorstellung in Zahlen:



47

Jahre bin ich alt

2

Kinder (mit fast 30 und 27 Jahren)

1

Enkelkind - der kleine Jonathan (31/2)

12

Jahre sitze ich im Stadtrat in Rosenheim

5

Jahre war ich als Landtagsabgeordnete Sprecherin für Agrar und Forst und hatte viel Kontakt mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments, denn der AGRAR-BÄR tanzt in Brüssel.

45

Minuten dauert eine Schulstunde - ich bin Lehrerin für Ernährung und Gestaltung, derzeit an einer Berufsschule

08031 - 380 393

ist meine Telefonnummer, ich wohne in Rosenheim

08/15

darf Politik nicht sein. Sie muss immer neu erfunden werden, nichts darf zur Gewohnheit werden.

100%

setzte ich mich für ein besseres Europa ein.

Wir alle entscheiden am 25. Mai über die Zukunft der Menschen in Bayern und in Europa! Mit Ihrem Kreuz für die SPD wählen Sie Martin Schulz und mich ins Europaparlament - und damit eine gute Zukunft für uns und unsere Kinder. Unsere Stimmen am Wahltag stellen die nötigen Weichen.

Ich persönlich trete ein

- für kommunales Wasser und gegen Privatisierung
- für regionale Lebensmittel und gegen Agrarindustrie
- für einen europäischen Mindestlohn und gegen Ausbeutung
- außerdem: Sozial- und Umweltstandards sowie die Interessen von ArbeitnehmerInnen dürfen niemals einem Freihandelsabkommen geopfert werden.

Hormonfleisch, Chlorhühnchen, Investorenschutz - Worum geht es eigentlich beim TTIP?



Felix Kempf, Gemeinderat

Wenn man derzeit die Zeitung aufschlägt, so liest man häufig von den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA, abgekürzt TTIP. Hinter

der Kurzform steckt das Wort ungetüm „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, auf Deutsch: „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“.

Gerade verhandeln Beamte der EU-Kommission und Vertreter der US-Regierung die Inhalte dieses Abkommens. Wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind, stimmen das US- und das EU-Parlament darüber ab, ob die USA und die EU diese „Partnerschaft“ eingehen wollen oder nicht.

Was haben nun die oft genannten Schlagworte aus der Überschrift damit zu tun? Und um was geht es darüber hinaus? Das Ziel des Handelsabkommens wäre im Wesentlichen die Vereinheitlichung der Märkte in Europa und den USA. Das meint beispielsweise die Abschaffung von Zöllen für Waren, die zwischen der EU und den USA gehandelt werden. Es meint aber auch, dass die Regeln, die für Produkte in der EU bzw. in den USA gelten, möglichst angeglichen werden sollten. Das soll dazu führen, dass Hersteller aus der EU ihre Waren leichter in den USA verkaufen können und umgekehrt. Als Beispiel werden

oft Standards für Autos genannt: In den USA sind Blinker rot, bei uns orange. Ein Kompromiss könnte es vereinfachen, das gleiche Auto in den USA und der EU zu verkaufen. Aus dem Bemühen um die Angleichung von Standards rührt aber auch die Angst vor „Chlorhühnchen“ und „Hormonfleisch“. In den USA ist es erlaubt, Chlor einzusetzen, um Hühnerfleisch zu desinfizieren. In der EU ist das verboten. Außerdem ist in der Tierzucht in den USA der künstliche Einsatz bestimmter Hormone erlaubt, die in der EU ebenfalls verboten sind. Viele Deutsche Verbraucher haben nun Angst, dass „Chlorhühnchen“ und „Hormonfleisch“ durch das TTIP auch in Deutschland zulässig wären und sorgen sich um ihre Gesundheit.

Wie berechtigt sind diese Befürchtungen? Hier tritt das größte Problem mit dem TTIP zu Tage: Man kann es nicht so recht sagen. Was in dem Entwurf für das Abkommen geschrieben steht, ist zum allergrößten Teil nicht öffentlich. Nur die Verhandlungsführer und einige Abgeordnete des Europaparlaments haben Einsicht in die Unterlagen.

Deswegen kann es sehr gut sein, dass der endgültige TTIP-Text keine unmittelbaren Zugeständnisse in Bezug auf das Gesundheitswesen oder Umweltrichtlinien enthält. Bloß wird man das erst ganz am Ende des Verhandlungsprozesses erfahren, wenn dann das EU-Parlament über die Annahme des TTIP abstimmen wird. Bis dahin ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das ist ein ganz großes Problem in der Debatte. Eine wichtige Lehre ist daher, dass derart wichtige Abkommen in Zukunft nicht mehr unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden dürfen. Das gleiche Problem betrifft natürlich auch den anderen großen Streitpunkt: Die „Investitionspartnerschaft“. Hierbei geht es um ein Abkommen, das Investoren bei Investitionen im jeweils anderen Land Rechtssicherheit gewähren soll. In der Vergangenheit

wurden derartige Abkommen meist zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geschlossen, weil das Rechtswesen in Entwicklungsländern oft nicht zuverlässig funktioniert. Im Streitfall, wenn sich beispielsweise ein Unternehmen bei einer Enteignung nicht ausreichend entschädigt sieht, sollen dann internationale Schiedsgerichte über die Streitfragen entscheiden.

Das Problem hierbei ist, dass diese Schiedskommissionen nicht mit demokratisch gewählten Richtern besetzt sind, sondern mit Wirtschaftsanwälten. Zudem sollen die Verhandlungen dieser Schiedsgerichte geheim sein und ihre Urteile nicht anfechtbar. Das würde nicht weniger bedeuten als eine Unterwanderung der rechtsstaatlichen Strukturen in Europa und den USA!

Zudem sind die Klagegründe bei solchen Prozessen oft fragwürdig. So klagt derzeit ein US-Minenkonzern gegen Peru, weil das Land aufgrund schwerer Verstöße gegen Umweltauflagen die Betriebsgenehmigung für eine Mine entzogen hatte. Die Argumentation der Kläger ist, dass dem Unternehmen durch den Entzug der Genehmigung Gewinne entgangen sind. Für diesen Schaden soll der peruanische Staat nach Meinung des Minenkonzerns jetzt Entschädigung zahlen. Es geht um nicht weniger als 800 Millionen Dollar.

Eine ähnliche Klage führt derzeit der schwedische Stromkonzern Vattenfall gegen Deutschland. (im Energiebereich gelten in der EU durch eine Sondervereinbarung bereits ähnliche Bestimmungen) Durch den Atomausstieg kann der Konzern seine deutschen Atomkraftwerke bald nicht weiter betreiben, dadurch entstehen Verluste. Dafür soll nun der Deutsche Staat Entschädigungen zahlen.

Fortsetzung nächste Seite